

Übersichten

August 1997

Außenpolitik

1 Wie kann sich China ein besseres Erscheinungsbild zulegen?

Seit dem Tiananmen-Desaster von 1989 ist das Bild der VR China, von dem vorher so viel Leuchtkraft ausgegangen war, düster bis rabenschwarz geworden - und hat auch durch alle späteren Retuschierungsversuche keine wesentliche Aufhellung erfahren.

Diese Tatsache ist für Chinas Führung zweifach beunruhigend: Erstens einmal muß sie sich aus Gründen, die in der konfuzianischen Tradition liegen, höchst unbehaglich fühlen, wenn sie dauernd mit dem Vorwurf unmoralischen Verhaltens konfrontiert wird. Kein Wunder daher, daß die Vorwürfe der Verletzung von Menschenrechten immer wieder offene Wunden aufreißen - abgesehen davon, daß sie die Repräsentanten Chinas auch außenpolitisch in einem fort Gesicht kosten. Immer wieder verlangt China daher eine „Beendigung der Kalte-Kriegs-Mentalität auf dem Gebiet der Menschenrechte“. Nicht zuletzt geschah dies wieder anlässlich einer Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf Anfang August 1997. Weltweit sei der Kalte Krieg zwar 1991 zuende gegangen, doch werde er insgeheim gegen China fortgesetzt, und zwar durch eine notorische Anschwärtzung des Landes in Fragen der Menschenrechte. Dabei übersehe man, daß das wichtig-

ste Menschenrecht das Recht auf Leben und Entwicklung sei. Gerade in diesem Bereich aber habe die Volksrepublik China besondere Verdienste aufzuweisen (XNA, 9.8.97).

Ein weiterer Grund, der in Beijing Anlaß zur Sorge gibt, besteht darin, daß China nun schon seit Jahren vergeblich vor der WTO-Tür Einlaß begehrt. Man ist sich in Beijing bewußt, daß das schlechte Erscheinungsbild der Volksrepublik einer der Hauptgründe für die ablehnende Haltung der WTO ist (dazu XNA, 2.8.97, 3.8.97).

Wie also kann das „Image“ der chinesischen Regierung vor der internationalen Gemeinschaft verbessert werden? Bei dieser Frage handelt es sich erklärtermaßen um ein „dringendes Problem“, zu dessen Lösung die Regierung Anfang 1997 einen „Arbeitszirkel für die Imagestrategie“ einberufen hat. Unter der Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden dieses Arbeitskreises, Hu Jiansheng, soll das Thema „Chinese Government Image Strategy“ nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch unter Hinzuziehung internationaler Autoritäten erörtert und das Ergebnis in einer Studie niedergelegt werden, die für das „dringende Problem“ rasche Antworten zutage fördern soll. Die Studie gehört auch mit zum Zielkatalog des 9. Fünfjahresplans (1996-2000). Auszuarbeiten sei eine 2,5-Mio.-Wort-Analyse mit dem Titel „Chinese Government Image Strategy“ und eine weitere 2,5 Mio. Worte umfassende Studie mit dem Titel „Hundert Beispiele für den Aufbau eines guten Erscheinungsbilds der chinesischen Regierung“. Beide Bücher sollen bereits im November 1997 herauskommen (Zhongguo Xinwenshe in SWB, 6.8.97). -we-

Innenpolitik

2 Vorbereitung des XV. Parteitags: Zusammensetzung der Delegierten

Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua hat detaillierte Angaben über

die Wahl und die Zusammensetzung der Delegierten des Ende September anstehenden XV. Parteitags der Kommunistischen Partei gemacht. (Xinhua, 25./26.8.1997)

Zwischen November 1996 und Juni 1997 wurden 2.049 Parteitagdelegierte in insgesamt 36 Wahlbezirken (das sind die Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städte sowie die ZK-Abteilungen, der Staatsrat, die Volksbefreiungsarmee, die Bewaffnete Volkspolizei und der offizielle Verband der „taiwanischen Landsleute“) gewählt. Die Delegierten seien von Parteikongressen und Parteidelegiertenversammlungen in Konkurrenzwahlen bestimmt worden. Insgesamt seien mehr als 500.000 Kandidaten für die erste Wahlrunde vorgeschlagen worden. 85% der heute 58 Mio. Parteimitglieder seien an diesen Vorauswahlverfahren beteiligt gewesen. Die Organisationsabteilungen der Partei hätten die Integrität, politische Loyalität und Arbeitsleistung der nominierten Kandidaten geprüft. Die Parteizentrale habe im November 1996 in einem Dokument bestimmt, daß die Zahl der in Konkurrenz tretenden Kandidaten die der zu wählenden Delegierten um mindestens 10% übersteigen müsse.

Die Zusammensetzung sei „hochgradig repräsentativ“, denn unter den Delegierten fänden sich 1.554 Führungskader sowie 494 „Modellarbeiter“ und sonstige herausragende Persönlichkeiten aus den Reihen der Parteimitglieder. 344 Frauen und 219 Angehörige ethnischer Minderheiten werden unter den Delegierten sein.

Das Bildungsniveau der Delegierten habe sich beträchtlich erhöht: 1.709 Delegierte sollen einen Oberschul-Abschluß oder gar einen Hochschul-Abschluß vorweisen können. Unter den Delegierten sind 1.301 jünger als 55 Jahre. Und 1.933 (94% der Delegierten) sind der Kommunistischen Partei erst nach Gründung der VR China 1949 beigetreten, davon immerhin 606 während der Zeit der „Kulturrevolution“ 1966-1976.

Das Zentralkomitee hat darüber hinaus 60 Parteiveteranen eingeladen, als „Sonderdelegierte“ am XV. Parteitag teilzunehmen. Alle seien der Partei vor 1927 beigetreten, hätten in der

Vergangenheit hohe Positionen eingenommen und genossen große Autorität. Diese Parteiveteranen werden genau wie die regulären Delegierten auch das Stimmrecht in Anspruch nehmen können.

Ungeklärt blieb, wie viel Autonomie die Delegierten in den Parteitagabstimmungen genießen werden. Die Entwicklung zu jüngeren, besser ausgebildeten Delegierten dürfte zumindest in kontroversen Sach- und Personalfragen zu einer Differenzierung des Abstimmungsverhaltens beitragen. Die Zeiten der einstimmigen Annahme aller von der Parteispitze vorgelegten Anträge ist auch auf Parteitag der KPCh, ähnlich wie im Nationalen Volkskongreß, seit Mitte der achtziger Jahre vorbei. -hei-

3 Parteiführung diskutiert Reformen des politischen Systems

Zwar wird sich der XV. Parteitag vornehmlich mit der Reform der Eigentumsstrukturen in der chinesischen Staatsindustrie beschäftigen. Neben diesem zentralen wirtschaftspolitischen Thema aber werden in der Partei in den letzten Monaten auch vermehrt mögliche Reformmaßnahmen im politischen und rechtlichen System erörtert. (*Mingbao*, 23.8.1997, nach SWB, 25.8.1997; SCMP, 27.7.1997, 3./25./28./29.8.1997)

Unter anderem geht es um folgende konkrete Reformvorschläge:

- Die Rolle der regionalen Parteikongresse bei der Berufung der Parteisekretäre soll gestärkt werden (von der Kreisebene abwärts hat es in den letzten Jahren bereits viele Fälle gegeben, in denen die von übergeordneten Parteistellen nominierten Kandidaten nicht von den örtlichen Parteikongressen bestätigt wurden).
- Mit der Volks- und Direktwahl lokaler Verwaltungschefs soll zunächst auf der Gemeindeebene, später auf der Kreisebene experimentiert werden.
- Regionale Führungen sollen in die nationale Willensbildung stärker einbezogen werden. Eine größere Zahl von führenden Kadern aus den Westregionen soll in zentralen Entscheidungsgremien repräsentiert sein.

- Die noch verbliebenen Branchenministerien sollen in Haupt- und Holdinggesellschaften für die ihnen bisher unterstellten Unternehmen umgewandelt werden. Die Organe des Staatsrats sollen dadurch reduziert werden.
- Die Rechtsetzung durch Regierungsorgane und Volkskongresse soll strikteren Bestimmungen unterworfen werden, Zuständigkeiten sollen geklärt und abgegrenzt werden. Die Aufsichtsbefugnisse der Volkskongresse gegenüber den Regierungen sollen gestärkt werden.
- Die konsequente Anwendung und Vollstreckung von Gesetzen durch die Justizorgane soll sichergestellt werden.
- Die Öffentlichkeit soll über gesetzlich festgelegte Rechte und Pflichten durch gezielte Kampagnen besser unterrichtet werden.

KP-Generalsekretär Jiang Zemin hat offenbar seinen Beraterkreis ermuntert, im Hinblick auf den XVI. Parteitag (im Jahre 2002) Vorschläge für Reformen des politischen Systems zu entwickeln, die durchgeführt würden, wenn „die Zeit reif“ sei. Jiang ist möglicherweise der Ansicht, daß eine vorsichtige demokratische Öffnung des politischen Systems auch die Chancen einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan sowie freundlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verbessern könnte. Außerdem reagiert Jiang mit diesen Anregungen auch auf vielfältige kritische Stimmen innerhalb der Partei, die politische Reformen für überfällig halten. Jiang ist offenkundig bemüht, sich durch Vorstöße im Bereich wirtschaftlicher und später auch politischer Reformen sowie durch Avancen gegenüber Taiwan als eigenständiger Erbe Maos und Dengs zu etablieren.

Es gibt Gerüchte, daß die Parteiführung, falls die Reform der Staatsindustrie gut verlaufen und auch sonstige Stabilitätsrisiken gering bleiben sollten, bereits 1999 einzelne politische Reformmaßnahmen auf den Weg zu bringen beabsichtigt. Der nun anstehende Parteitag wird ein erster Test für das Maß der innerparteilichen Mitsprache sein, das die Beijinger Führung zu gewähren bereit ist. Ein besonderes Augenmerk wird sich auf die Personalwahlen zum Zentralkomitee richten, wo es schon seit den achtziger Jahren zu einzelnen Überraschungen gekommen ist. Auf den letzten beiden Parteitagen allerdings hat die Zahl der zur Wahl

stehenden Funktionäre die Zahl der verfügbaren ZK-Sitze nur um sechs bis sieben überstiegen. Die Abstimmungsspielräume für die Parteitagdelegierten hielten sich bisher also in sehr engen Grenzen. -hei-

4 Universitätsprofessor formuliert Vorschläge für politische Reformen

Offenbar ermuntert von der Nachricht, daß die Diskussion über politische Reformen innerhalb der Parteiführung und in regierungsnahen Beraterkreisen erstmals seit den späten achtziger Jahren wieder in Gang gekommen ist, hat der Beijinger Wirtschaftswissenschaftler Shang Dewen (Professor an der Beijing-Universität/Beida) ein umfangreiches Memorandum an die chinesische Führung geschickt.

Die Denkschrift weist darauf hin, daß den wirtschaftlichen Reformen nun auch politische Reformen zu folgen hätten, um eine langfristig stabile Entwicklung zu gewährleisten. Der Autor hat seine Schrift mit Hilfe westlicher Journalisten in Auszügen auch in Hongkong und im westlichen Ausland publiziert sowie eine Reihe von Interviews zum Hintergrund seiner Initiative gegeben. (SCMP, 6./10./11.8.1997; *The Economist*, 16.8.1997)

Shangs Entwurf für eine umfassende Reform des politischen Systems weist darauf hin, daß „die politische Reform acht bis neun Jahre [hinter den Wirtschaftsreformen] herhinkt“ und der „Hauptwiderspruch“ in den Spannungen zwischen reformiertem wirtschaftlichen und unreformiertem politischen System liege. Ein Großteil der Machtmißbräuche, Korruption und sonstigen Mißstände lasse sich aus diesem Widerspruch erklären.

Unter anderem schlägt Shang folgende kontrollierte Schritte für einen Zeitraum von etwa 25 Jahren vor:

- Die Kommunistische Partei soll eine neue Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes mit Repräsentanten aus allen Gesellschaftsbereichen einberufen, um eine neue Staatsverfassung zu erarbeiten.
- Das Staatsoberhaupt der VR China sowie alle Leitungskräfte in Provinz- und Stadtregierungen sollen in allgemeinen Wahlen gewählt werden.
- Auch das nationale Parlament solle für jeweils vier Jahre in einer

Volkswahl gewählt werden und umfassende Kontrollbefugnisse erhalten.

- Die Kompetenzen von Zentralregierung und regionalen Regierungen müßten eindeutig festgelegt werden. Die Macht der Zentrale sei auf einige Kernbereiche zu begrenzen.
- Es müsse Pressefreiheit gewährt werden, um Rechtsverstöße von Regierungsstellen und Unternehmen offenlegen zu können.

Der 65jährige Shang Dewen ist seit 41 Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei, hat bereits im Bürgerkrieg auf der Seite der Kommunisten gekämpft und sich über Jahrzehnte stets loyal zur Parteiführung verhalten. Auch jetzt beruft sich Shang auf Äußerungen Jiang Zemins, der am 29. Mai in einer Rede vor der Zentralen Parteischule eine Fortführung der politischen Reformen der achtziger Jahre angemahnt hat. Die Denkschrift Shang Dewens steht in einer langen Tradition „loyaler Kritik“ von chinesischen Intellektuellen an der jeweiligen Regierung. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei wird nicht offen in Frage gestellt, die „ideologische Neutralität“ der Reformkonzepte hervorgehoben. Viele Formulierungen Shangs sind weiterhin der marxistisch-leninistischen Terminologie verhaftet. Das Vertrauen auf die Funktionstüchtigkeit und Legitimität des alten Systems der Parteiherrschaft schwindet aber offenkundig selbst unter den Treuesten der Treuen, zu denen Shang bisher gehörte.

Der Ruf nach umfassenden politischen Reformen und Demokratisierungsschritten aus den Reihen der Parteimitglieder wird vernehmlicher. Die Parteiführung wird sich in den kommenden Jahren ernsthaft mit solchen Reformvorschlägen befassen müssen, ehe die von den Wirtschaftsreformen ausgelösten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen eine unkontrollierbare Eigendynamik entwickeln und die Parteiherrschaft hinwegfegen, ohne eine tragfähige Regierungsordnung an die Stelle der alten zu setzen. -hei-

5 Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung: 1996 eine Rekordzahl von Hinrichtungen

Amnesty International hat in einem aktuellen Bericht zu Hinrichtungen in der VR China dokumentiert, daß im Zuge der Kampagne „Hart zu-

schlagen“ seit Frühjahr 1996 insgesamt 6.100 Verdächtige zum Tode verurteilt wurden und es vermehrt zu Schnellverfahren und willkürlicher Verhängung des Strafmaßes gekommen ist. (IHT, 26.8.1997; SCMP, 26.8.1997)

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation konnte 1996 in 4.367 Fällen die Vollstreckung des Todesurteils registriert werden. Die Dunkelziffer sei hoch, die tatsächlichen Zahlen lägen aller Wahrscheinlichkeit nach noch deutlich höher. In den neunziger Jahren seien in China insgesamt mehr Menschen hingerichtet worden als in allen anderen Ländern der Erde zusammengenommen. 1996 seien durchschnittlich 17 Menschen pro Tag in China hingerichtet worden. Die Zahl der Delikte, die nach den gültigen Gesetzen und Verordnungen zu einer Todesstrafe führen können, habe sich seit den achtziger Jahren auf 60 verdreifacht.

Die jüngsten Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung haben verdeutlicht, daß die offiziell proklamierte Strafrechts- und Justizreform in China nur schwer vorankommt und durch politische Kampagnen wie 1996 immer wieder zurückgeworfen werden kann. Die Strafrechtsreformen der letzten Jahre sind vor diesem Hintergrund mit Skepsis zu beurteilen. -hei-

6 Veränderungen der Migrationsströme und Bemühungen um ländliche Wohnsitzkontrolle

Nach Erkenntnissen des Büros für ländliche Sozial- und Wirtschaftsstatistik beim Staatlichen Statistikamt hat sich die Zuwanderung vom ländlichen Raum in die Städte seit dem letzten Jahr abgeschwächt. Dies sei zurückzuführen auf die steigende städtische Arbeitslosigkeit und auf behördliche Beschränkungen für die Tätigkeiten, denen ländliche Zuwanderer in den Städten nachgehen dürfen. Arbeitslose Städter würden durch die Behörden auf dem Arbeitsmarkt geschützt und in solche Tätigkeiten gelenkt, in denen sich zuvor Chancen für Zuwanderer geboten hätten. (SCMP, 6.8.1997) Auch haben die Behörden für öffentliche Sicherheit in jüngster Zeit erhebliche Anstrengungen unternommen, um die ländliche Wohnsitzkontrolle und die örtlichen Registrierungspflichten konsequenter als bisher durchzusetzen. (RMRB, 1.8.1997)

Nach Erhebungen des Büros für ländliche Sozial- und Wirtschaftsstatistik hätten 1995 noch 6-7% der ländlichen Arbeitskräfte ihr Heimat auf der Suche nach Arbeit verlassen. 1996 sei dieser Anteil auf nur noch 3-4% gesunken. Die ländliche verdeckte Arbeitslosigkeit wird auf knapp 35% geschätzt. Das sind 175 Mio. Menschen, die potentiell in städtischen Ballungsräumen auf Arbeitssuche gehen könnten.

Die Wanderarbeiter leisten durch ihre Finanztransfers einen Beitrag zur Verringerung des Einkommensgefälles zwischen Binnen- und Küstenregionen. Die zurückgesandten Finanzmittel übersteigen zum Teil das Volumen der den einzelnen Regionen zugedachten Subventionen der Zentralregierung. Die acht Millionen aus der Provinz Sichuan stammenden Migranten sollen jährlich allein 37 Mrd. RMB Yuan an ihre Familien bzw. Heimaterorte transferieren. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

7 Neuer Präsident der Akademie der Wissenschaften über künftige Aufgaben

Im Juli 1997 wurde der bisherige Präsident der Akademie der Wissenschaften Zhou Guangzhao, der dieses Amt über zehn Jahre innehatte, abgelöst und der bisherige Vizepräsident der Akademie Lu Yongxiang zu seinem Nachfolger bestellt. Den alten und neuen Präsidenten stellte die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 21.8.97 (S. 11) vor. Der Wechsel scheint allein aus Altersgründen erfolgt zu sein; Zhou Guangzhao ist 68 Jahre alt. Lu Yongxiang ist Jahrgang 1942 und der jüngste Akademiepräsident, der bisher ernannt wurde. Er ist von Hause aus Ingenieur, graduierte 1964 von der Universität Zhejiang, studierte anschließend als Humboldt-Stipendiat in der Bundesrepublik Deutschland, wo er 1981 in Aachen promovierte. 1988 bis 1995 war er Präsident der Universität Zhejiang, seit 1993 nahm er das Amt eines Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften wahr. Sein Spezialgebiet ist die Hydraulik. Er